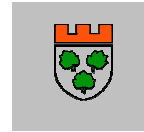


**Rede zur Verabschiedung der
Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes 2011
am 14. April 2011**



CDU

CDU Stadtratsfraktion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

wie viele Bürgermeister, Kämmerer und Fraktionsvorsitzende habe auch ich mir überlegt, situationsbedingt auf eine Rede zu verzichten. Ich habe mich entschieden, es doch zu tun. Trotz aller Machtlosigkeit bleibt es die Aufgabe der Politik, die Situation zu analysieren, Fehlentwicklungen zu benennen und herauszustellen, was geleistet wurde. Der Verzicht auf die Haushaltsrede könnte nach einer Kapitulation aussehen, und das haben wir nicht vor - trotz fehlender Perspektiven. Im übrigen möchte ich nicht den Verdacht aufkommen lassen, nur die Gelegenheit beim Schopfe zu packen, mir Arbeit zu sparen.

„Es ist fünf vor zwölf,“ sagte der Landesinnenminister auf einer Tagung zum Thema "Kommunale Kassenkredite und kein Ende" vor ein paar Monaten zur finanziellen Situation der Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen. Vieles deutet darauf hin, dass die Uhr des Ministers nachgeht: Aufgrund der jahrzehntelangen Überforderung der kommunalen Haushalte durch Land und Bund schafften es im Jahr 2010 gerade mal drei von 430 Kommunen, einen echt ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Demgegenüber befanden sich 164 Kommunen in der Haushaltssicherung, wobei das Haushaltssicherungskonzept in 138 Fällen nicht genehmigungsfähig war. In 35 Kommunen drohte bereits die absolute Überschuldung. Der Gesamtstand der kommunalen Liquiditätskredite, die eigentlich nur der unterjährigen Überbrückung kurzfristiger Zahlungsengpässe dienen sollen, lag Ende 2010 in NRW bereits bei über 20 Milliarden Euro, umgerechnet circa 1.120 Euro pro Kopf. Die Kassenkredite der NRW-Kommunen belaufen sich auf ca. 50% der Kassenkredite bundesweit. Die Entwicklung in NRW koppelt sich damit seit über zehn Jahren deutlich negativ von der in nahezu allen anderen Flächenländern ab.

Traditionell sieht die Situation in Burscheid besonders duster aus: Circa 3,7 Millionen Euro beträgt der Fehlbetrag in 2011, bis Ende 2014 werden sich die Liquiditätskredite, mit denen ausschließlich laufende Ausgaben von ca. zehn Jahren bestritten wurden, auf über 40 Millionen Euro, mithin knapp 2.300 Euro pro Kopf (bei Annahme konstanter Bevölkerungszahlen), summieren. Hierfür werden etwa eine Millionen Euro Zinsen pro Jahr, also ca. ein Viertel des Bruttogewerbesteueraufkommens, fällig. Die Folgen dieser Entwicklung sind am Eigenkapital abzulesen. Von knapp 55 Millionen Euro in 2008 wird der Wert, der tatsächlich noch den Bürgern dieser Stadt und nicht der Kreditwirtschaft gehört, auf knapp zwölf Millionen Euro in 2014 einbrechen. Hier sei angemerkt, dass die Neubewertung einiger Aktiva, die das Eigenkapital um ca. 10 Millionen Euro freundlicher aussehen lässt, an der Situation nichts Wesentliches ändert. Die Fallhöhe wird nachträglich vergrößert, Richtung und Geschwindigkeit des Absturzes bleiben gleich. Wir werden aufschlagen, halt nur etwas später - es sei denn, die Schwerkraft setzt aus.

Dass in einer solchen Situation von der - im übrigen auch kreditfinanzierten - Soforthilfe des Landes von ca. 300 Millionen Euro gerade mal 36.000 Euro in Burscheid ankommen, gleichzeitig aber per Gemeindefinanzierungsgesetz nur in 2011 ca. 500.000 Euro abgezweigt werden, ist aberwitzig. Die Aussage des Innenministers, dass die Soforthilfe der Sicherung der Handlungsfähigkeit der Kommunen diene, kann man in Bezug auf Burscheid jedenfalls nur als absurden Scherz bezeichnen.

Allerdings scheint in Düsseldorf angekommen zu sein, dass die Kommunen wie auch das Land selbst ein Finanzproblem haben. Und wie geht man damit um? Man macht es sich erst einmal leicht, indem man die Nettoneuverschuldung für das abgelaufene Jahr völlig ungeniert von 6,6 auf 8,4 Milliarden Euro erhöht, in Zeiten konjunktureller Höhenflüge locker-flockig eine ernste und nachhaltige Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts bejaht, und die Ministerpräsidentin das ganze dann unter der Überschrift „Vermeidung von Reparaturkosten“ als Sparprogramm bezeichnet. Dem Problem, dass die Landesausgaben bei den Ruhegehältern in den nächsten zehn Jahren um circa 60 Prozent steigen und dann zusammen mit den Zinsen 27% der Steuereinnahmen ausmachen werden, begegnet man - wie auch schon die Vorgängerregierung - damit, dass man die kaufmännische Buchführung, die den Kommunen übergestülpt wurde, selber nicht einführt, um das Problem nicht heute schon sichtbar zu machen. Die Ausgaben wachsen kontinuierlich und unabhängig von den Einnahmen - je mehr Geld der Staat hat, desto mehr hat er zuwenig.

Meine Damen und Herren, ich möchte klarstellen, dass meine Kritik sachlich und nicht parteipolitisch motiviert ist. Daher gebe ich gerne zu, dass die neue Landesregierung in vielen Punkten geschickter agiert als die Vorgängerin. Der bisher in der Finanzpolitik eingeschlagene Kurs war jedoch unseriös und kurzsichtig, er führte auf direktem Weg in die Katastrophe, weil Schuldenpolitik keine unendliche Geschichte sein kann. Die Bequemlichkeit im Hier und Heute scheint mehr zu zählen als die Verantwortung für das Morgen. Daher war ich froh, dass der Verfassungsgerichtshof des Landes Nordrhein-Westfalen zur Lehrstunde in Sachen Finanzpolitik rief. Lassen sie mich zwei Passagen aus der Begründung des Urteils vom 15. März 2011 zitieren, die sich jeder Politiker - gleich auf welcher Ebene - gut einprägen sollte:

- *Die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts verlangen, die Kreditaufnahme zu dosieren. ... Daraus folgt die Verpflichtung des Haushaltsgesetzgebers, Spielräume zur Verschuldungsbegrenzung oder gar -rückführung zu nutzen ...*
- *Zum anderen bildet die Investitionssumme in der Normallage die Obergrenze (Anm.: für neue Kredite), die im jeweiligen Haushaltsjahr weder aus Gründen der Bedarfsdeckung noch aus wirtschaftspolitischen oder sonstigen Erwägungen überschritten werden darf. Mit der Festlegung dieser Grenze dient Art. 83 Abs. 2 der Landesverfassung NRW dem Schutz künftiger Generationen vor unbeschränkter Vorwälzung staatlicher Lasten. Bürger und Parlamente der Zukunft sollen davor bewahrt werden, den zur Bewältigung dann anstehender Probleme nach ihren Maßstäben benötigten finanziellen Handlungsspielraum zu verlieren.*

Mit anderen Worten: Schulden schaden unseren Kindern. Selbst Investitionen in den Bildungsbereich bringen nachfolgenden Generationen wenig, wenn man Ihnen gleichzeitig jede Gestaltungsfähigkeit raubt, indem man sie den Preis für heutige Wohltaten zahlen lässt. Bei aller Freude über die sich abzeichnenden Landeshilfen für notleidende Kommunen verbleibt aufgrund deren Kreditfinanzierung ein bitterer Beigeschmack. In der Gesamtbetrachtung bringt es nämlich überhaupt nichts, Defizite und damit Schulden nur auf andere staatliche Ebenen zu verlagern. Viel notwendiger ist es, dass Landes- und Bundespolitiker - und ich nehme keine Partei aus - endlich das verstehen, was viele Kommunalpolitiker bereits seit langem wissen: Nicht alles Wünschenswerte ist finanzierbar. Viele, auch sinnvolle Wünsche müssen leider unerfüllt bleiben. Einnahmen und Ausgaben müssen jedenfalls im Regelfall in Einklang gebracht werden.

Was hat der Rat einer der notleidendsten NRW-Kommunen in einer solchen Situation zu tun? Dass andere Ihre Hausaufgaben nicht machen, entbindet uns schließlich nicht von der Verpflichtung, staatliche Aufgaben zu erfüllen und Daseinsvorsorge zu organisieren, natürlich strengstens nach dem Wirtschaftlichkeitsgebot, d.h. mit optimalen Mitteleinsatz.

Sparsames Haushalten ist nach wie vor das Gebot der Stunde. Aufgrund unserer besonderen Erfahrung - wir konsolidieren schließlich nahezu ohne Unterbrechung seit 1989 und arbeiten seit 2003 nach dem Nothaushaltsrecht - bleiben allerdings kaum noch nennenswerte Sparpotentiale, erst recht keine solchen, die aufgrund ihrer Dimension unsere Probleme auch nur annähernd lösen können. Dennoch können wir einige Erfolge - durchaus mit Stolz - nennen:

- Die Zahl der Stellen wurde von 124,5 in 1999 auf 87 Stellen reduziert, wobei die Ausgliederung von 32,5 Stellen in die TWB und die Aufstockung von 3 Stellen für die KAS mitzunenennen sind. Die Personalintensität I, also der Anteil der Personalaufwendungen an den Gesamtaufwendungen, liegt bei 14,9 %. Schaut man in die Haushalte der Nachbarkommunen findet man meist Werte, die Richtung 20% tendieren. Für das laufende Jahr planen wir eine Steigerung von 0,1% bei erwarteten Tarifsteigerungen von über 1%, was nur durch weitere Personalreduzierungen realisiert werden kann.
- Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind mit ca. 2,5 Millionen Euro veranschlagt. Zum Vergleich: Nach dem vorläufigen Rechnungsergebnis für 2009 lagen diese bei ca. 3,6 Millionen Euro, die Kürzung beträgt ca. 30%.
- Trotz der Ausweitung des Schulbetriebes auf den Nachmittag und steigender Energiepreise haben wir es geschafft, den Bewirtschaftungsaufwand durch ökologisch und ökonomisch sinnvolle Investitionen im Griff zu halten. Für Burscheid war es ein Glücksfall, dass der hier quälende Investitionsstau durch das Konjunkturpaket II und weitere Zuschussprogramme jedenfalls teilweise aufgelöst werden konnte. An dieser Stelle sollte nicht unerwähnt bleiben, dass der gesteckte Kostenrahmen bei allen Baumaßnahmen der vergangenen Jahre eingehalten wurde. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit, die insbesondere im Bereich der öffentlichen Hand jedoch selten selbstverständlich ist. Hierfür ein Sonderlob an den Bürgermeister und sein Team.

Die Liste unserer Sparbemühungen und -maßnahmen ließe sich fortsetzen. So liegen die freiwilligen Leistungen auf niedrigstem Niveau, die interkommunale Zusammenarbeit wird intensiviert, Spielplätze wurden entwidmet, die Geschäftsführungspauschale der Fraktionen wurde gekürzt, und und und. Jedenfalls wundert es nicht, dass weder Bezirksregierung noch Gemeindeprüfungsanstalt wirklich ein Haar in der Suppe gefunden haben. Allerdings verdeutlicht dies im Besonderen die eigene Machtlosigkeit.

Vor dem Hintergrund von alledem ist der Vorschlag der Stadtverwaltung, die Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer nicht anzutasten, absolut richtig. Er findet unsere uneingeschränkte Zustimmung, obwohl das Land über die fiktiven Hebesätze eine Erhöhung der Realsteuern zu erzwingen versucht. Man muss sich vor Augen halten, dass der Hebesatz für die Grundsteuer B Mitte der neunziger Jahre noch bei 320 Prozentpunkten lag. Heute liegt er bei 420 Prozentpunkten, die Steigerung beträgt gut 30%. Irgendwann ist das Ende der Fahnenstange erreicht, und dieser Zeitpunkt ist nun gekommen. Und ganz nebenbei: Dass höhere Hebesätze alleine nicht unbedingt zu höheren Einnahmen führen, beweist schon die Tatsache, dass das Gewerbesteueraufkommen noch im Jahr 2000 bei einem Hebesatz von nur 415 Prozentpunkten bei ca. 5,2 Millionen Euro lag. Heute liegt es bei einem Hebesatz von 430 Prozentpunkten gerade mal bei 3,9 Millionen Euro, obwohl Burscheid über eine herausragende Dichte an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen verfügt.

Unsere Aufgabe muss es vielmehr sein, die Steuereinnahmen bei gleichbleibenden Sätzen zu erhöhen. Auch bzw. gerade in Zeiten sinkender Bevölkerungszahlen ist es das richtige Mittel, passgenaue Wohn- und Gewerbegebiete zu entwickeln, um wirtschaftlich gesunde und möglichst zahlungskräftige Unternehmen und Neubürger zu gewinnen und so die Strukturen zu stärken. Als Beispiel sollte nach wie vor unsere Nachbarstadt Wermelskirchen dienen, die bei doppelter Größe über ein ca. fünffaches Gewerbesteueraufkommen verfügt. Während das Prokopfaufkommen in Burscheid trotz der Präsenz global erfolgreich agierender Unternehmen bei fast peinlichen 207 Euro vor sich hin dümpelt, lag es 2008 in Wermelskirchen noch bei 706 Euro, der Landesdurchschnitt betrug 557 Euro. Aus dem Umstand, dass wir zu den größten Verlierern der Unternehmenssteuerreform 2002 gehörten, müssen wir lernen. Natürlich denken auch wir bei der Entwicklung von Wohn- und Gewerbegebieten nicht mehr in den Dimensionen von vor zehn Jahren. Bei aller Behutsamkeit ist es jedoch auch wichtig, Vielfalt zu bewahren, um auf Ansprüche, die so unterschiedlich sind, wie die Menschen selbst, passende

Antworten parat zu haben. Und wir müssen aufpassen, dass wir bei den sogenannten „harten Standortfaktoren“ nicht ins Hintertreffen zu geraten.

- Die Abwassergebühren beispielsweise haben in ihrer wirtschaftlichen Relevanz sowohl der Grund- als auch der Gewerbesteuer lange den Rang abgelaufen. Wir lagen nach rasanten Steigerungen in puncto Gebührenhöhe an der Spitze im Kreis. Steigerungen bis über 5 Euro pro Kubikmeter Schmutzwasser in 2015 drohten. Da kam der überraschende Geldsegen von ca. 4,5 Millionen Euro aus der Abwasserabgabe natürlich genau richtig. Und es war richtig, die Rendite aus dem Kapital zur dauerhaften Verringerung der Abwassergebühren einzusetzen. Trotz der kleinen Atempause müssen wir jedoch begreifen, dass das Thema Abwasser eine Dauerbaustelle ist. Und bedenken Sie: Das Burscheider Gewerbe ist in Teilen sehr abwasserintensiv.
- Weiterer Standortfaktor: Über die Entwicklung und Bedeutung des Internets muss ich niemandem etwas sagen. Und ich muss auch niemandem erklären, dass die Ansprüche und Anforderungen an die entsprechende Infrastruktur weiter rasant steigen werden. Immer mehr Dinge des täglichen Lebens werden über das Netz abgewickelt, und so wird die Frage „Wie schnell ist mein Internet“ bei der Stand- oder Wohnortentscheidung von Familien und Unternehmen - auch aufgrund der eklatanten regionalen Unterschiede - an Bedeutung gewinnen. Die CDU-Fraktion hätte sich hier schnellere Fortschritte schon im letzten Jahr gewünscht, und wir hoffen, dass 2011 richtig Bewegung in das Thema kommt.

Der vorliegende Haushaltsplan ist ein Beweis dafür, dass wir unseren Beitrag leisten, den finanziellen Supergau abzuwenden. Wir stimmen dem Zahlenwerk zu. Darüber hinaus möchte ich im Namen der CDU-Fraktion allen Verwaltungsmitarbeitern für ihren Einsatz danken. Die Arbeitsmenge steigt, die Zahl der tragenden Schultern sinkt. Ohne das Engagement der Mitarbeiter wären viele der positiven Entwicklungen, die ich beschrieben habe, nicht möglich gewesen. Lassen Sie uns weiter gemeinsam daran arbeiten, noch mehr aus der alten Dampflok „Burscheid“ herauszuholen.